



Millionärssteuer statt CO2-Steuer

Alle reden vom Klimaschutz – ich auch. Wir müssen anders wirtschaften, arbeiten und leben, um die Erderwärmung zu stoppen. Ich rede aber auch von der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, auch hier in Osnabrück. Und ich frage: wer soll das bezahlen?

Seit 1. Juli 2021 sammeln Klimaaktivist:innen Unterschriften für einen Einwohner:innenantrag „Osnabrück klimaneutral“. Sie fordern: die Stadt Osnabrück soll spätestens bis zum Herbst 2022 einen „Klimaaktionsplan“ beschließen. „Damit reißen wir uns in eine bundesweite Kampagne von German Zero ein“, heißt es auf ihrer Homepage.

Wen trifft die CO2-Steuer?

„German Zero“ fordert bundesweit mit Aktionen wie diesem „Klimaentscheid“ in Osnabrück ein „1,5-Grad-Gesetzespaket“. An erster Stelle steht dort der „CO2-Preis“: „Der Ausstoß von Treibhausgasen braucht einen Preis - ...an diesem Punkt sind sich mittlerweile auch nahezu alle deutschen Parteien einig“ (S. 14).

CDU, SPD, FDP und Grüne streiten nur noch über Höhe und Form eines CO2-Preises. Die Große Koalition hat im letzten Jahr eine CO2-Steuer auf Benzin, Diesel, Heizöl und Gas eingeführt: 25 € pro Tonne CO2 seit Januar 2021, in den nächsten Jahren mehr.

Diese Steuer macht Heizen und Autofahren teurer. Sie vertieft die soziale Kluft zwischen Arm und Reich, ohne dem Klima wirklich zu helfen. Denn: Die CO2-



Meike Siefker ist OB-Kandidatin der DKP Osnabrück

Steuer trifft besonders diejenigen, die einen großen Anteil ihres Einkommens für das tägliche Leben ausgeben, aber kaum Möglichkeiten haben, auf Alternativen umzusteigen: Mieter:innen, Pendler:innen, Geringverdienende.

Unsere Alternative: Investitionsoffensive

Ich möchte mich stattdessen für gezielte Investitionen dort einsetzen, wo Osnabrück besonders weit von den Klimazielen entfernt ist. Beim Ausstoß klimaschädlicher Gase im Verkehr berichtet die Stadtverwaltung in ihrem Klimaschutzbericht 2020 eine Steigerung von 14 Prozent gegenüber

1990, statt der eigentlich nötigen Reduzierung um 40 Prozent. Wir brauchen Maßnahmen, die den Umstieg vom individuellen Auto auf klimafreundlichere Alternativen fördern: sichere Radwege, ein leistungsfähiges und für jede:n bezahlbares Busnetz, eine Stadtbahn, Park-and-Ride-Plätze.

Ich unterstütze darum die Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes nach einer „kommunalen Investitionsoffensive“. Dafür brauchen die Kommunen mehr Einnahmen.

Ich sehe dafür vor allem zwei Maßnahmen als dringlich an:

- **Wiedererhebung der Vermögenssteuer als Millionärssteuer**
- **Abrüstung statt Aufrüstung**

Meike Siefker

Wofür steht „AZ“?

Unsere „Arbeiter:innen-Zeitung“ stellt sich in den Konflikten zwischen Arbeit und Kapital auf die Seite aller Menschen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft oder von eigener Arbeit leben müssen, ob Schlosserin oder Krankenpfleger, Fahrradkurier oder Ingenieurin, Erwerbsloser oder Rentnerin, Azubi, Studentin, Künstlerin oder Friseur.

Das „Arbeiter“ in „AZ“ steht in der Tradition mehrerer „Arbeiter-Zeitungen“ der KPD in den 20er und unserer „OAZ“ in den 70er Jahren.

Einen Finger kann man brechen, fünf bilden eine Faust! Darum: Nicht jammern, sondern organisieren – z. B. in Gewerkschaften, Mieterschutz, Sozialverbänden, Initiativen ...



Wir trauern um Esther Bejarano



Esther Bejarano in Kuba (Foto: radiorebelde.cu)

Esther Bejarano, Überlebende der KZ Auschwitz und Ravensbrück, Vorsitzende des Auschwitz-Komitees und Ehrenvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschist*innen, kämpferische Antifaschistin, Kameradin und Genossin, ist in der Nacht zum 10. Juli im Alter von 96 Jahren gestorben.

Zuletzt saß sie am 8. Mai auf der kleinen Bühne der VVN-BdA im Hamburger Gängeviertel und erzählte von ihrer Befreiung am 3. Mai 1945 durch Soldaten der Roten Armee und der US-Armee, die kurz nacheinander in der kleinen Stadt Lübsz eintrafen. Dort hatte Esther mit einigen Freundinnen aus dem KZ Ravensbrück Unterschlupf gefunden, nachdem sie gemeinsam dem Todesmarsch entflohen waren.

Wenige Tage zuvor, am 3. Mai, den sie ihren zweiten Geburtstag nannte, hat Esther sich noch mit einer Video-Botschaft zum Tag der Befreiung an uns alle gewendet. Darin bezog sie noch einmal deutlich Stellung zu aktuellen Auseinandersetzungen in der Stadt Hamburg und im ganzen Land – kämpferisch, klar und stark. Besonders erinnern wollen wir an den bewegenden „Appell an die Jugend“, den sie zusammen mit Peter Gingold zum 50. Geburtstag der VVN an die jungen Menschen in Deutschland richtete.

Im Januar 2020 hatte Esther mit dem Auschwitz-Komitee einen offenen Brief an die Regierenden geschrieben. Zwei der Forderungen aus dem Brief sind: „Ich fordere, dass die Diffamierung von Menschen und Organisationen aufhört, die entschlossen gegen rechts handeln. Was ist gemeinnütziger als Antifaschismus? Niemand sollte für antifaschistisches Handeln, für gemeinsame Aktionen gegen den Hass, gegen alte und neue Nazis diskreditiert und verfolgt werden.“ Und: „Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten. Und hilft vielleicht, endlich zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, der Niederschlagung des NS-Regimes. Am 8. Mai wäre dann Gelegenheit, über die großen Hoffnungen der Menschheit nachzudenken: Über Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – und Schwesterlichkeit.“

Wir haben Esther aber auch auf den großen Bühnen in Erinnerung, auf den Veranstaltungen der Friedensbewegung, den Demonstrationen gegen den Neofaschismus, den Gedenktagen an den antifaschistischen Kampf.

Es ist Esther schwergefallen, nach Deutschland zurückzukehren. 1945 war sie mit großen Hoffnungen

nach Palästina ausgewandert, aber die Entwicklung in Israel veranlasste sie 1960 mit ihrem Mann, dem Kommunisten Nissim, nach Hamburg, ihre neue Wahlheimat, zu ziehen.

Sie wollte sich eigentlich politisch zurückhalten. Dann aber musste sie 1978 erleben, wie direkt vor ihrer kleinen Boutique ein NPD-Stand von der Polizei geschützt und die antifaschistischen Gegendemonstranten verdrängt wurden. „Erst da habe ich mich verändert“ sagte sie einige Jahre später.

Sie wurde in der VVN-BdA aktiv, berichtete Jugendlichen über ihre Erlebnisse im „Dritten Reich“ und begann, bei öffentlichen Veranstaltungen jiddische Lieder und Lieder aus dem Widerstand zu singen.

Ob allein mit ihrem Akkordeon, mit ihrer ersten Gruppe „Siebenschön“, mit ihren Kindern Edna und Joram in der Gruppe „Coincidence“ oder in den letzten Jahren mit der Rap-Band „Microphone Mafia“ und mit Konstantin Wecker auch auf dem UZ-Pressefest, dem Volksfest der DKP: Esther begeisterte durch ihre Authentizität und ihre Kraft. Bis zuletzt kämpfte sie gegen die wachsende Rechtsentwicklung, Rassismus und Antisemitismus, vermittelte uns dabei Mut und Optimismus. Wir werden sie vermissen im gemeinsamen Kampf, sie ist nicht zu ersetzen.

OAZ stellt Initiative „Radentscheid“ vor: Für ein komfortables und sicheres Osnabrück

Die Initiative „Radentscheid“ will die Stadt mit einem Bürgerbegehren zwingen, mehr für Radfahrerinnen und Radfahrer in Osnabrück zu tun. Anfang Juni machten sie mit einem Pop-Up-Radweg auf ihre Forderungen aufmerksam. Zu diesen Zielen gehört der Ausbau des Radverkehrsnetzes, sichere Radwege an Hauptstraßen, sicher gestaltete Kreuzungen, mehr Fahrradstellplätze und die Förderung der Mobilitätswende.

Das Bürgerbegehren soll letztlich zu einem Bürgerentscheid führen. Das Begehren ist der Antrag an eine Kommune, die Bürgerinnen und Bürger über einen Entscheid abstimmen zu lassen. Die dafür nötige Unterschriftensammlung soll im Januar kommenden Jahres starten. Das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz sieht vor, dass mindestens 7,5 Prozent der wahlberechtigten Osnabrückerinnen und Osnabrücker das Bürgerbegehren unterzeichnen müssen. Das wären knapp 10.000 Unterschriften, die die InitiatorInnen des Radentscheids sammeln müssen.

Das sind die Ziele im Einzelnen:

1. Radverkehrsnetz ausbauen

Das Radverkehrsnetz der Stadt Osnabrück wird unterbrechungsfrei, mindestens durch kleine bauliche Trennungen (taktile Streifen) vom Fußverkehr getrennt und durchgängig beleuchtet ausgebaut. Ab sofort werden die im Radverkehrsplan 2030 (RVP 2030) geplanten Haupt- und Velorouten inklusive der Radschnellwege umgestaltet bzw. erstellt. Planung und Ausbau erfolgen gemäß den jeweils gültigen Regelwerken, insbesondere den Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA). Jährlich wird mindestens eine Verbindung in die Stadtteile (Radial-Routenpaar) vollständig umgesetzt.

2. Sichere Radwege an Hauptstraßen

Zusätzlich zu Ziel 1 werden diese Radwege sowohl am Wallring als auch an den Hauptverkehrsstraßen nach folgenden Kriterien angelegt: In der Regel 2,30m Breite je Richtung, bei Zweirichtungsrouten: 4m Breite; farbig hervorgehoben; sie werden ohne Absenkungen (niveaugleich) an Nebenstraße und Einfahrten weitergeführt; Bordsteine quer zur Fahrtrichtung sind auf gleiche Höhe abgesenkt oder abgeschrägt; baulich getrennt vom ruhenden und fahrenden Kraftverkehr; auch bei 30 km/h kom-



fortabel befahrbar (Entwurfsgeschwindigkeit).

3. Sicher gestaltete Kreuzungen

Kreuzungen werden wie folgt umgebaut:

- Radwege erhalten Wartezonen im vorgelagerten Sichtbereich der Kfz. Der Weg zu diesen Wartezonen wird hindernisfrei neben oder auf den Fahrstreifen für den Kraftverkehr gestaltet.

- Die Abbiegegeschwindigkeit der Kfz wird baulich verringert, z. B. durch Schutzinseln. Zeitgleich wird eine direkte Sichtachse zwischen abbiegendem Kfz und Radverkehr sichergestellt.

- An Ampeln (Lichtsignalanlagen) erhalten Radfahrende eher Grün ohne die Ampel drücken zu müssen (zeitlicher Vorlauf gegenüber dem Kraftverkehr). Radfahrende können nach möglichst kurzer Wartezeit in einem Zug über eine Kreuzung fahren.

- Neue oder zu sanierende Flächen für den Radverkehr sind in Konflikt- und Kreuzungsbereichen deutlich durch eine rote, rutschfeste Oberfläche vom übrigen Straßenraum abgesetzt.

Ab sofort werden jährlich 3 Kreuzungen nach diesen Grundprinzipien umgestaltet.

Diese Vorgehensweise wird bei jedem Neubau, jeder Sanierung als auch bei jeder Umsetzung von bereits geplanten Arbeiten umgesetzt.

Umbaupriorität haben Kreuzungen mit besonderem Gefährdungspotenzial und hohen Unfallzahlen sowie mit Radfahrstreifen in Mittellage.

4. Mehr Fahrradstellplätze

Die Stadt Osnabrück errichtet bedarfsgerecht zusätzliche Fahrradstellplätze: Neben dem neuen Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof entstehen mindestens weitere 2.500 überdachte und beleuchtete Stellplätze an den weiteren Bahnhöfen, zentralen ÖPNV-Umstiegshaltestellen und allen Bushalte-

stellen.

Mindestens 5.000 Stellplätze an Schulen, Sportstätten, in Einkaufsstraßen und Wohnquartieren vorrangig durch Umwidmung von PKW-Stellplätzen und das Aufstellen von Fahrradboxen. Mindestens 500 Stellplätze für Lastenräder.

5. Förderung der Mobilitätswende

Die Stadt Osnabrück richtet eine Planungsgruppe für den Radverkehr ein, welche die Ziele des Radentscheids hauptamtlich umsetzt. Dafür werden alle notwendigen Ressourcen bereitgestellt und in relevanten Fachdiensten und Betrieben je eine unterstützende radverkehrsbeauftragte Person benannt. Verkehrsmessungen werden quantitativ und qualitativ erweitert. Alle Radverkehrsunfälle werden von der Verwaltung laufend detailliert analysiert. Soweit die vorhandene Infrastruktur die Unfälle erzeugt oder begünstigt hat, wird sie innerhalb von 3 Monaten temporär, spätestens im folgenden Jahr dauerhaft verbessert.

Ein schriftlicher Bericht über den Umsetzungsstand der vorgenannten Ziele und über die städtische Akquise von Fördermitteln zu deren Realisierung wird jährlich in einer öffentlichen Dialogveranstaltung vorgestellt. Die Stadt Osnabrück unterstützt und bewirbt den Radverkehr durch Öffentlichkeitsarbeit und führt Kampagnen wie „Osnabrück sattelt auf“ weiter oder ersetzt diese durch neue Initiativen.

Mehr unter: radentscheid-os.de

Impressum:

**Osnabrücker
Arbeiterzeitung
Herausgeberin:
DKP Osnabrück**

**ViSdP: Achim Bigus
Website: osnabrueck.dkp.de**

Hinweise, Kritik, Lob an die

Redaktion?

Wir freuen uns über Zuschriften an:
osnabrueck@dkp.de

Dieses System macht uns krank!

Über Kapitalismus und mentale Gesundheit - Gastbeitrag der SDAJ Osnabrück

Ich habe nie vom Erfolg geträumt, Lich habe dafür gearbeitet!“, „Verfolge die Vision, nicht das Geld. Das Geld wird dir folgen.“ „Dreams don't work unless you do!“, So oder so ähnlich lautende, häufig schon zynische Motivationssprüche, versuchen den Leuten eine Perspektive im System, einen Ausweg aus ihrer frustrierenden Situation aufzuzeigen: **Streng' dich halt einfach mal zur Abwechslung an, arbeite hart und effizient, dann wird das schon irgendwie mit dem Reichtum und dem schönen Leben.**

Auch abseits davon, dass nicht alle Menschen einfach ein neues Startup gründen können oder wollen, können solche Floskeln für die allermeisten Arbeiter:innen, Studierenden, Schüler:innen und Azubis, die bereits an allen Ecken und Enden einem immer weiter steigenden Leistungsdruck ausgesetzt sind, nur verhöhrend wirken. Wer nicht genug Leistung abliefern kann, hat verloren und ist selbst Schuld für sein Versagen. Zumindest wird einem dieses „Mindset“ schon sehr früh eingetrichtert, und es macht auch im Angesicht der Krise nicht halt. Bereits vor der Pandemie stieg die Zahl der psychisch Erkrankten.

Das Abwälzen der Kosten der Krise auf die Arbeiter:innen und die Jugend, beispielsweise durch Entlassungen und weniger Übernahmen von Azubis, tut sein Übriges. Bezogen auf die mentale Gesundheit trifft es besonders die Jugend: 33 Prozent der Schüler:innen berichten von körperlichen und psychischen Beschwerden und 12 Prozent sind in psychotherapeutischer Behandlung. Dabei wird das Thema mentale Gesundheit häufig unter den Teppich gekehrt und psychische Er-



krankungen stigmatisiert.

Genauso wie sich körperlich Erkrankte häufig trotz ihres Zustands zur Arbeit zerrren, schleppt man sich zur Arbeit, zur Uni oder zur Schule, obwohl man psychisch völlig ausgebrannt ist. Man muss ja schließlich für den (zukünftigen) Arbeitgeber funktionieren, von dem man abhängig ist. Durch einen solidarischen und entstigmatisierten Umgang mit mentaler Gesundheit würden wir uns nicht nur enorm gegenseitig unterstützen, er bildet auch eine Grundlage zur Erkämpfung weiterer Rechte für die Arbeiter:innenklasse und die Jugend. Es sollte niemanden überraschen, dass dieses System, der Kapitalismus, eine massive psychische Belastung auf einen selbst und seine Mitmenschen ausübt. Ob man nachts wachliegt, weil man entlassen wurde, weil man nicht weiß, wie man die kommende Miete bezahlen soll, weil man es nicht mehr erträgt, sich am nächsten Tag zur Schule,

Uni oder Arbeit zu schleppen oder weil sich einem mittlerweile der Magen umdreht, wenn man an die täglich anfallende Sorge- und Pflegearbeit denkt. Es ist außerdem falsch, Menschen als hysterisch abzustempeln, die sexistische Kommentare anprangern, die bei ihrer einhundertsten rassistischen, vermeintlich zufälligen Polizeikontrolle wütend werden, oder laut werden, wenn sie aufgrund ihrer Geschlechtsidentität herabgewürdigt werden. Gegen all diese Missstände hilft kein noch so inspirierender Spruch und kein neues Mindset. Ein entstigmatisierter Umgang mit mentaler Gesundheit ist dagegen wichtiger denn je, langfristig muss jedoch die gesellschaftliche Ursache betrachtet werden. Dieses System macht uns krank! Organisieren sich die Jugend und die Arbeiter:innen in den Gewerkschaften, den Vereinen, den Jugendverbänden und den Parteien, ist eine bessere Welt nicht nur möglich, sondern tatsächlich erreichbar!

Die SDAJ, „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“, ist eine Selbstorganisation von Schüler:innen, Auszubildenden, jungen Arbeiter:innen und Student:innen, die in Deutschland leben, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Pass. Wir kämpfen für eine Welt ohne Aus-

beutung und Rassismus, für eine Welt, in der die Menschen und nicht die Konzerne und Bosse das Sagen haben. Für uns ist der Sozialismus die Alternative für die wir kämpfen.

Weitere Infos unter sdaj.org sowie auf Facebook & Instagram.

